

Kolumbien vor dem Amtsantritt der Regierung Uribe: durch mehr Krieg zum Frieden?

Kurtenbach, Sabine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurtenbach, S. (2002). *Kolumbien vor dem Amtsantritt der Regierung Uribe: durch mehr Krieg zum Frieden?* (Brennpunkt Lateinamerika, 12). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443307>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 12

28. Juni 2002

ISSN 1437-6148

Durch mehr Krieg zum Frieden? Kolumbien vor dem Amtsantritt der Regierung Uribe

Sabine Kurtenbach

Vieles erinnert an die Aufbruchstimmung vor vier Jahren und doch ist alles ganz anders: Im Juli 1998 hatte sich der gewählte Präsident Andrés Pastrana noch vor seinem Amtsantritt mit dem legendären Anführer der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), Manuel Marulanda, in den Bergen getroffen und die rasche Aufnahme von Friedensgesprächen vereinbart. Die Mehrheit der Kolumbianerinnen und Kolumbianer unterstützte den Dialog mit der ältesten Guerillagruppe des Kontinents in der Hoffnung, dass dadurch die ausufernde Gewalt im Land eingedämmt werden könne, die in wachsendem Maß die gesamte Gesellschaft und die Wirtschaft des Landes in Mitleidenschaft zog. Die Hoffnungen wurden enttäuscht: Zwar gab es Gespräche, diese zeichneten sich aber durch das Fehlen konkreter Ergebnisse aus. Die Gewalt eskalierte und alle bewaffneten Akteure – Guerilla, Armee und Paramilitärs – nutzten die Zeit, um ihre militärische Stärke auszubauen. In der Folge nahmen Massaker, Vertreibung und Flucht eine Dimension an, die Beobachter von einer „humanitären Krise“ sprechen lässt. Auf diese Entwicklungen haben die kolumbianischen Wählerinnen und Wähler mit der Wahl von Álvaro Uribe reagiert, der den Friedensgesprächen mit der Guerilla von Anfang an skeptisch bis ablehnend gegenüberstand. In seinem Wahlkampf versprach er eine „Politik der harten Hand“ und forderte mehr US-Militärhilfe auch für die Auseinandersetzung mit der bewaffneten Opposition. Nach dem Scheitern des Friedensprozesses unter Pastrana soll die neue Regierung nun versuchen, durch mehr Krieg zum Frieden zu gelangen. Ob dies gelingt, ist mehr als zweifelhaft. Für eine Einschätzung der Perspektiven für die Amtszeit von Álvaro Uribe ist es aber zunächst notwendig, die umfassende Krise von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Kolumbiens zu analysieren. Nur so kann es eine Annäherung an die momentane Dynamik und die ihr zugrundeliegende Kräftekonstellation geben.

Die humanitäre Krise: Flucht, Vertreibung und zunehmende Gewalt

Die Konsequenzen der bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien haben das Ausmaß einer humanitären Katastrophe erreicht. In ihrem letzten Bulletin dokumentiert die Menschenrechtsorganisation CODHES (*Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento*) eine neuerliche Eskalation der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Allein

in den ersten drei Monaten des Jahres 2002 waren mindestens 90.179 Menschen gezwungen, ihren Wohnort zu verlassen. Insgesamt befinden sich in Kolumbien mittlerweile zwei Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht, das sind fast 5% der Bevölkerung. Eine weitere Million Menschen hat das Land in Richtung Miami, Europa oder Lateinamerika verlassen. Grund für Flucht und Vertreibung von täglich tausend Menschen ist die wachsende Brutalität der Auseinandersetzungen zwischen

der Guerilla einerseits und den paramilitärischen Gruppen und den staatlichen Sicherheitskräften andererseits. Massaker an der Zivilbevölkerung gehören mittlerweile nicht mehr nur bei den Paramilitärs, sondern auch bei der Guerilla zur Strategie der territorialen Kontrolle. Im Zuge der militärischen Eroberung werden die Gebiete von mutmaßlichen Anhängern und Sympathisanten der jeweils anderen Seite „gesäubert“. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres gab es nach CODHES 23 Massaker, bei denen 128 Menschen getötet wurden. Verantwortlich waren in sechs Fällen die Paramilitärs, in fünf Fällen die FARC, in einem der ELN, in 11 Fällen sind die Täter unbekannt. Darüber hinaus gab es im gleichen Zeitraum 42 Morde an Führungspersonen lokaler Behörden oder Basisbewegungen, Mitarbeitern sozialer Organisationen oder Kirchen. Die Menschenrechtsberichte von Human Rights Watch – Americas, von amnesty international und auch der des US-State Departement zeichnen ein ähnlich düsteres Bild.

Selbst wenn „nur“ ein Viertel der 37.190 Morde, die 2001 in Kolumbien verübt wurden, einen politischen oder sozialen Hintergrund haben soll, fordert die politische und soziale Gewalt Jahr für Jahr über 8.000 Menschenleben. Neben Guerilleros, Paramilitärs, Soldaten und Polizisten sind die zivilen Hauptopfer Menschenrechtsverteidiger, Journalisten und Gewerkschafter. Allein in den ersten vier Monaten des Jahres 2002 sind zwei Menschenrechtsverteidiger und 52 Gewerkschafter ermordet worden. Dies hat gravierende Auswirkungen auf die Organisationsfähigkeit der zivilen Opposition und der sozialen Bewegung im Land. Der Menschenrechtsbericht des US-State Departement macht die in den *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) zusammengeschlossenen paramilitärischen Gruppen im Jahr 2001 für 3.500 Morde verantwortlich.

Dass die Zivilbevölkerung in wachsendem Maß zum eigentlichen Ziel der Gewalt wird, hat Anfang Mai das Massaker in Bellavista gezeigt. Dort starben bei Auseinandersetzungen zwischen FARC, AUC und Armee mindestens 119 Personen, darunter viele Kinder, 98 weitere wurden schwer verletzt, über 2.500 Menschen flohen. Das Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte machte FARC, AUC und die staatlichen Sicherheitskräfte gleichermaßen für die Gräueltat verantwortlich.

Andere Formen der Gewalt, die in direktem Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt und der finanziellen Notwendigkeit von Guerilla und Paramilitärs stehen, bedrohen Tag für Tag immer mehr Menschen. Neben der Erhebung von „Steuern“ sind es vor allem Entführungen, die die Kassen von Guerilla und Paramilitärs füllen. 70% der weltweit stattfindenden Entführungen geschehen in Kolumbien. Auch wenn die konkreten Angaben zur Zahl der Entführungen je nach Quelle variieren und es eine hohe Dunkelziffer gibt, sind sich doch alle

darüber einig, dass es seit 1997/98 einen dramatischen Anstieg gegeben hat. In den vergangenen sechs Jahren wurden über 15.000 Menschen entführt, 672 in Gefangenschaft ermordet. 2001 wurden 3.041 Menschen entführt, allein im April 2002 waren es 600 Menschen. Viele dieser Verschleppten befinden sich monatelang irgendwo in den kolumbianischen Bergen in Gefangenschaft. Das nationale Sicherheitsbüro DAS schätzt, dass die Einkünfte aus Entführungen während der 90er Jahre allein den FARC US\$ 1,5 Mrd. eingebracht hat.¹

Die Masse der Entführungen soll nach Angaben der Organisation *Fundación País Libre* auf das Konto von FARC und ELN gehen, gefolgt von normalen Kriminellen und Paramilitärs, bei einem Großteil der Fälle sind die Urheber allerdings unbekannt. Für das Jahr 2001 gibt die *Fundación* folgende Zahlen an:

Tabelle 1: Entführungen 2001

Urheber	Zahl	Prozentsatz
ELN	917	30
FARC	840	29
unbekannt	564	19
Kriminelle	292	10
AUC	262	9
Gesamt	3041	

Quelle: www.paislibre.org.co

Konzentrierte sich die Gewalt in Kolumbien lange Zeit vor allem auf die ländlichen Regionen, so hat sie sich in den vergangenen Jahren über das gesamte Territorium ausgebreitet und erfasst in zunehmendem Maß auch die Städte. Auch in den Medien nimmt die Berichterstattung einen immer größer werdenden Raum ein. All dies zusammen führt zur allgemeinen Verunsicherung der gesamten Bevölkerung.

Die multiple Krise von Politik und Wirtschaft

Die ansteigende Gewalt ist auch ein Symptom der umfassenden Krise von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Kolumbiens, die zur Auflösung traditioneller Beziehungen führt, ohne dass neue, vor allem zivile Formen des Zusammenlebens entstanden sind.

Das *politische System* des Landes ist trotz der Öffnung durch die neue Verfassung von 1991 im-

¹ Vgl. zur Entführungsindustrie die Studie von Pax Christi Niederlande (2002), die von den FARC allerdings heftig angegriffen wird, weil sie die Gräueltaten der Paramilitärs nicht berücksichtigt.

mer noch elitenzentriert und traditionellen Herrschaftsmechanismen des Klientelismus und Personalismus verhaftet. Bei den Parlaments- und Senatswahlen vom 10. März 2002 erhielten die offiziellen Kandidaten der beiden traditionellen Parteien weniger als die Hälfte der Mandate. Die Mehrheit der Sitze ging an Kandidaten von ca. 40 klei-

nen Gruppen und Koalitionen. Auch wenn die Erosion des traditionellen Parteiensystems offensichtlich ist, muss man doch einschränkend feststellen, dass es sich bei vielen der „neuen“ Parteien um taktisch motivierte Abspaltungen von Politikern der beiden traditionellen Parteien handelt.

Tabelle 2: Ergebnisse der Parlaments- und Senatswahlen vom 10. März 2002

	Kongress		Senat	
	2002	1998	2002	1998
Partido Liberal	54	89	28	59
Partido Conservador	21	50	13	29
andere	86	24	61	14
Gesamtzahl der Sitze	161	163	102	102

Wie gering die Wählerbindung einerseits, die Bindung der Abgeordneten an die offizielle Linie ihrer Partei andererseits ist, wurde bei den Präsidentschaftswahlen und in deren Folge deutlich, als der unabhängige Kandidat Álvaro Uribe bereits im ersten Wahlgang mit 53% der abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt wurde. Schon im Vorfeld dieses absehbaren Sieges hatten sich zahlreiche Abgeordnete – vor allem der chancenlosen konservativen Partei des amtierenden Präsidenten – Uribe angeschlossen.

Die kolumbianische *Wirtschaft* befindet sich mittlerweile im sechsten Jahr der Rezession. Hieß es in der Vergangenheit „dem Land geht es schlecht, der Wirtschaft geht es gut“, so stimmt dies seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht mehr. Die Gewalt ist dabei allerdings nur ein verschärfender Faktor. Zu den direkten Kosten der Gewalt durch Anschläge auf die Infrastruktur – etwa die 178 Attentate auf die Ölpipeline Caño Limón-Coveñas im Jahr 2001 – kommt die Tatsache, dass das Wachstum der kolumbianischen Wirtschaft nach Einschätzung von Ökonomen ohne die Gewalt um zwei Prozentpunkte höher sein könnte.

Für 50% der Bevölkerung stellen die hohe Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung das Hauptproblem dar. Hinzu kommt, dass diejenigen, die Arbeit haben, vielfach nur zeitweise arbeiten. Diese Probleme werden durch die Krise im Kaffeesektor im Zuge des Verfalls der internationalen Kaffeepreise verschärft. Auch wenn Kaffee nur noch mit einem Anteil von weniger als 10% an den Exportprodukten Kolumbiens beteiligt ist, leben nach wie vor ein Drittel der im Agrarsektor tätigen Menschen von dessen Anbau und Export.

Auch um die Staatsfinanzen Kolumbiens steht es nicht gut. Galt das Land während der lateiname-

rikanischen Verschuldungskrise der 80er Jahre noch als rühmlicher Ausnahmefall, so hat die Verschuldung in den vergangenen Jahren stark zugenommen, gibt es zur Zeit das größte Defizit der Staatsfinanzen in der Geschichte des Landes. Die Auslandsverschuldung stieg 2001 auf 44,2% des Bruttoinlandsprodukts.

Darüber hinaus gibt es ein wachsendes Problem mit der Korruption im Land. Eine Studie der Weltbank kommt zu dem Ergebnis, dass US\$ 480 Mio. an Bestechungsgeldern gezahlt wurden. Besorgniserregend sei die Tatsache, dass sich lokale Wirtschaftsgruppen über die Finanzierung des Wahlkampfes von Politikern Einflussmöglichkeiten bei Behörden erkaufen. Im Ranking von *Transparency International* ist Kolumbien in den vergangenen Jahren immerhin von Platz 79 (1998, zwischen Venezuela und Indonesien) auf Rang 50 (2001, zwischen Tschechien und Mexiko) vorgerutscht (vgl. www.transparency.org). Im Zusammenhang mit den Finanzmitteln des *Plan Colombia* werden derzeit allerdings zahlreiche Vorwürfe wegen Veruntreuung von Geldern untersucht, darunter solche gegen 100 NGOs.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass die soziale Situation der Bevölkerung trotz des Reichtums des Landes erschreckend schlecht ist. 10 Millionen Menschen leiden in Kolumbien nach Angaben des UN-Ernährungsprogramms an Hunger.

Das angekündigte Scheitern des Friedensprozesses

Die genannten Probleme und Entwicklungen sind nicht neu. In jedem Wahlkampf wird versprochen, die Privilegien der Reichen und Mächtigen abzuschaffen und etwas zur Verbesserung der sozialen

Lage der Bevölkerungsmehrheit zu tun. Auch an hochtrabenden Plänen mangelt es nicht. Während der Präsidentschaft von Ernesto Samper (1994-98) hieß das Entwicklungsprogramm *Salto Social*, die Regierung Pastrana entwickelte den *Plan Colombia*. Mit einem Umfang von US\$ 7,5 Mrd. sollte das ambitionierte Projekt „Frieden, Wohlstand und die Stärkung der Institutionen“ fördern. Die Umsetzung erwies sich aber schon deshalb als schwierig, weil größere Beiträge nur aus den USA kamen und deren Hilfe vor allem den staatlichen Sicherheitskräften zugute kam. Nicht nur die Guerilla lehnte den Plan ab, auch von der Europäischen Union und zahlreichen nationalen und internationalen NGOs gab es schwerwiegende Kritik, in deren Mittelpunkt die Konzentration des Plans auf den Süden des Landes, die Besprühung von Kokafeldern und der Einsatz des Militärs standen.

Die FARC bezeichneten den Plan in einem offenen Brief an den US-Kongress und das Volk der Vereinigten Staaten als „Plan für den Krieg“. Die steigende US-Militärhilfe war neben dem Thema der Paramilitärs und deren Verbindungen zu den Streitkräften der Punkt, der die Gespräche immer wieder ins Stocken brachte bzw. der Guerilla den Vorwand bot, die Gespräche abubrechen oder auszusetzen. Gleichzeitig stärkte die wachsende US-Militärhilfe die internen Gegner des Friedensprozesses, die ohnehin glauben, der Konflikt solle militärisch „gelöst“ werden. Letztlich trug der *Plan Colombia* – gewollt oder ungewollt – zur Eskalation der Gewalt, zur Stärkung der *hardliner* in allen Lagern und zur Polarisierung der Konfliktparteien bei.

Die zentralen Defizite des Friedensprozesses der Regierung Pastrana lagen allerdings auf einer grundlegenden Ebene:

- Weder Regierung noch Guerilla entwickelten eine klare Vorstellung oder Strategie, was das Ziel der Gespräche sein sollte. Der vereinbarte Themenkatalog stellt eine umfangreiche Liste der Probleme des Landes dar, die aber weder am Verhandlungstisch, noch in Gesprächen allein zwischen Regierung und Guerilla zu lösen sind.
- Alle Konfliktparteien verfolgten parallel zu den Gesprächen einen Plan B für den Tag des Scheiterns und rüsteten militärisch auf.
- Es gab keine konkreten Ergebnisse, die wie ein Abkommen zu Menschenrechten oder zur Einhaltung des humanitären Kriegsvölkerrechts als vertrauensbildende Schritte oder zum Schutz der Zivilbevölkerung gewirkt hätten.

Darüber hinaus wurde der Friedensprozess durch die Strategie der Gewalteskalation der paramilitärischen Gruppen torpediert, die mit an den Verhandlungstisch wollten. Dies wurde von den FARC stets vehement abgelehnt, die Regierung zeichnete sich in dieser Frage durch Ambivalenz aus. Auf der

einen Seite lehnt sie die Sichtweise der FARC ab, die die Paramilitärs für eine Verlängerung der staatlichen Streitkräfte hält. Andererseits hat auch die Regierung Pastrana die Paramilitärs, wenn überhaupt, nur sehr halbherzig bekämpft. Zahlreiche Berichte von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen belegen die zum Teil offene, zum Teil stillschweigende Kooperation zwischen Militär und Paramilitärs. Auch während der jüngsten Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Genf wurde die Regierung abermals aufgefordert, energisch gegen diese Verbindungen vorzugehen. Dies würde allerdings einen radikalen Bruch mit der eigenen Geschichte voraussetzen, weil dazu die Durchsetzung des staatlichen Anspruchs auf das Gewaltmonopol notwendig wäre. Dazu waren die ökonomischen und politischen Eliten des Landes bisher aber nicht nur nie bereit gewesen, sondern haben dies stets zu verhindern gewusst und Parallelstrukturen aufgebaut.

Das Hin und Her zwischen Verhandlungsunterbrechungen, gezielten Provokationen und Drohungen sowie die wiederkehrenden Blitzaktionen nationaler und internationaler Akteure zur Rettung der Verhandlungen waren der Ausdruck dieser Defizite. Zuletzt verhinderte Ende Januar 2002 nur eine engagierte diplomatische Initiative der internationalen „Freunde des Friedensprozesses“ den Abbruch der Gespräche. Am 20. Februar verkündete Präsident Pastrana dann das endgültige Aus, nachdem die FARC in einer spektakulären Aktion den Präsidenten der Friedenskommission des kolumbianischen Senats entführt hatten.²

Neben der fehlenden Bereitschaft der Gewaltakteure über grundsätzliche Reformen und Veränderungen zu verhandeln, veränderte sich nach dem 11. September 2001 auch das internationale Umfeld Kolumbiens. Vertreter des kolumbianischen Militärs forderten alsbald die internationale Unterstützung im Kampf gegen den „Terrorismus“ in Kolumbien. Der Koordinator des Büros für Terrorismusbekämpfung im US-State Department, Francis Taylor, bezeichnete die FARC als die „gefährlichste internationale Terrorgruppe“ in der westlichen Hemisphäre. Nach dem Abbruch der Gespräche titulierte auch die Regierung die FARC als Terroristen und Drogenhändler – Bezeichnungen, die sie während des Friedensprozesses stets abgelehnt hatte. Selbst die Europäische Union hat sich dieser Sprachregelung mittlerweile angeschlossen, den FARC-Vertretern die Visa entzogen und die FARC auf Betreiben der kolumbianischen Regierung mit massiver Unterstützung der spanischen Regierung

² Am 31. Mai 2002 erklärte Präsident Pastrana auch den Dialog mit der zweitgrößten Guerillagruppe, dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN), für beendet, da es nicht möglich sei, die finanziellen Forderungen des ELN bezüglich eines Waffenstillstands zu erfüllen.

auf die EU-Liste terroristischer Organisationen gesetzt.

Die neue *Entente cordiale* mit den USA

Die größten Erfolge erzielte die Regierung Pastrana in der Außenpolitik. Das Verhältnis zu den USA hat sich nicht nur normalisiert, sondern die USA sind abermals zum wichtigsten Verbündeten der kolumbianischen Regierung geworden. Und auch gegenüber der EU, wo in den ersten Jahren die kritischen Töne überwogen, hat die kolumbianische Regierung in den vergangenen Monaten ihre Sichtweise und Interpretation des Konflikts durchgesetzt.

In einem für die US-Politik zentralen Feld hat die neue Allianz aber offensichtlich kläglich versagt: der Bekämpfung des illegalen Drogenanbaus. Trotz der massiven Besprühungen von über 140.000 Hektar im Süden des Landes ist der Kokaanbau in der gleichen Größenordnung gewachsen, so dass es sich letztlich um ein Null-Summen-Spiel handelt. Belegt wird dies sowohl durch Satellitenaufnahmen der CIA als auch durch Angaben der UN-Drogenbehörde. Böse Zungen behaupten, die Besprühung trage – durch die Verknappung des Angebotes – zur Aufrechterhaltung der hohen Preise und damit zur Stabilisierung des Drogenmarkts bei.

Regierungsstellen meinen, es hätte wesentlich mehr besprüht werden können, wenn die dafür benötigten US-Flugzeuge früher geliefert worden wären. Diese Sichtweise verkennt allerdings zweierlei: Erstens waren die Besprühungen sehr umstritten und haben im Süden des Landes zu massiven Protesten der betroffenen Bevölkerung (einschließlich der Gouverneure) geführt. Beklagt wird, dass die Besprühungen nicht nur die Kokapflanzen, sondern auch Grundnahrungsmittel und andere Produkte vernichten, wodurch die Lebensgrundlage der Bauern zerstört wird. Zweitens führen Besprühungen erfahrungsgemäß lediglich zur territorialen Verlagerung des Drogenanbaus. Die Anbauflächen sind in Kolumbien in den vergangenen Jahren nicht zuletzt deshalb gewachsen, weil die Anti-Drogenprogramme in Peru und Bolivien erfolgreich waren.

Auch das Programm zur freiwilligen Substituierung des Kokaanbaus im Putumayo verlief nur sehr schleppend. Nur auf einem Drittel der geplanten 6.930 Hektar wurde der Anbau von Koka durch den Anbau legaler Produkte abgelöst. Die US-Regierung hat deshalb von einem Scheitern des Projektes gesprochen und behauptet, es fehle den teilnehmenden Familien am Willen zur Umsetzung der ursprünglichen Projektziele. Eine Position, die weder von Mitarbeitern der UN noch von den Projektverantwortlichen geteilt wird. Sie weisen darauf hin, dass solche Prozesse und Umstellungen nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen sind.

In den USA wurden die Kolumbienpolitik und die Unterstützung des *Plan Colombia* zwar kontro-

vers diskutiert, in ihren wesentlichen Elementen aber von Demokraten wie Republikanern mitgetragen. Die Kolumbienpolitik der Regierung von George W. Bush setzte deshalb zunächst auf Kontinuität. Allerdings hat sie einen regionalen Ansatzpunkt für ein neues Hilfsprogramm gewählt, das sie unter dem Namen *Andean Regional Initiative* (ARI) im April 2001 vorstellte. Auch hier erhält Kolumbien mit 70% den Löwenanteil der US-Hilfe³. Zunächst hielt sich auch die Bush-Administration an den in Washington vorherrschenden Konsens, dass die US-Hilfe auf die Drogenbekämpfung zu beschränken und eine Verstrickung in den Guerillakrieg zu vermeiden sei. Aber schon im Frühjahr 2001 stimmten einige Personalentscheidungen bei der Besetzung von zentralen Regierungspositionen für die Formulierung und Durchführung der US-Lateinamerikapolitik bedenklich. Präsident Bush ernannte ausgerechnet Otto Juan Reich zum Staatssekretär für die westliche Hemisphäre. Reich war zuletzt Lobbyist der Schnaps- (Bacardi), Tabak- (BAT) und Waffenindustrie (Lockheed) und ist ein erklärter Gegner jeder Annäherung an Castros Kuba. In den 80er Jahren leitete Reich die „psychologische Kriegsführung“ gegen das sandinistische Nicaragua, ein Büro, das im Zuge der Aufdeckung des Iran-Contra-Skandals⁴ geschlossen wurde. Dies lässt angesichts der wachsenden direkten Involvement der USA in Kolumbien nichts Gutes erahnen.

Im Juni 2001 rief eine von der US-Luftwaffe finanzierte Studie der einflussreichen RAND-Corporation offen zu einer größeren Einmischung der USA in Kolumbien auf. Auch hier wurde explizit – allerdings als positives Beispiel – auf die US-amerikanische Unterstützung für die salvadorianische Regierung in den 80er Jahren verwiesen. El Salvador erhielt damals täglich 2 Mio. Dollar US-Wirtschafts- und Militärhilfe. Kritiker weisen zu Recht darauf hin, dass diese Gelder den Krieg in El Salvador um Jahre verlängert haben. Schon wegen der komplexeren Konfliktstruktur und der Größe des Landes ist ein vergleichbares Engagement in Kolumbien nicht nur aussichtslos, sondern auch unmöglich.

Nach dem 11. September 2001 wurde im Rahmen der Neubewertung der US-Sicherheitspolitik die Umorientierung in der Kolumbienpolitik vollends abgeschlossen. Es gewannen diejenigen Kräf-

³ Kolumbien ist seit 1998 weltweit zum drittgrößten Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe geworden, das Land erhält genauso viel Militärhilfe wie alle anderen lateinamerikanischen Länder zusammen.

⁴ Im Rahmen der Iran-Contra-Affäre versorgten Mitarbeiter der Reagan-Administration die nikaraguanischen Contras entgegen einem ausdrücklichen Verbot des US-Kongresses mit Waffen, die aus dem Iran kamen.

te Oberhand, die eine Aufhebung der Trennung⁵ zwischen Hilfe bei der Drogenbekämpfung und Hilfe bei der Guerillabekämpfung befürworteten. Präsident Bush hat im April 2002 einen diesbezüglichen Antrag beim US-Kongress gestellt. Im Haushaltsansatz für das Jahr 2003 sind erstmals seit Ende des Kalten Krieges beachtliche Summen an Militärhilfe für Kolumbien vorgesehen, die nicht an den Kampf gegen die Drogen gekoppelt sind. Darunter sind US\$ 98 Mio. zur Ausbildung einer Brigade der kolumbianischen Armee, die die Haupterdölpipeline des Landes bewachen soll, die von ELN und FARC regelmäßig gesprengt wird. Hier wird – gerade angesichts der sich zuspitzenden Lage im Nahen Osten – ein weiteres Interesse der US-Politik deutlich: die Sicherung des Zugangs zu Erdöl.⁶

Wahlkampf und Gewalt

Wie auch in der Vergangenheit war in der Vorwahlzeit ein Anwachsen der politischen Gewalt zu verzeichnen. Sowohl FARC als auch AUC versuchten, den Wahlkampf zu sabotieren. Während die AUC in den von ihnen kontrollierten Gebieten drohten, für jede Stimme, die nicht für Álvaro Uribe abgegeben werde, einen Menschen zu ermorden, versuchten die FARC die Stimmabgabe für Uribe zu verhindern. Am 23. Februar 2002 entführten die FARC die unabhängige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt, die sich vor allem für eine Fortführung des Friedensprozesses und eine grundlegende Demokratisierung des Landes eingesetzt hatte. Nachdem Álvaro Uribe Mitte April in Barranquilla nur knapp einem Anschlag der FARC entgangen war, spielte sich der restliche Wahlkampf fast ausschließlich über die Medien ab. Alle Kandidaten schränkten ihre öffentlichen Auftritte ein. Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass die Wahlen nach Regierungsangaben in 95% des Landes ruhig verliefen.

Die Gewalteskalation ist der zentrale Grund für den Wahlerfolg von Álvaro Uribe. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass sein Aufstieg in den Umfragen mit der Beendigung des Friedensprozesses zusammenfiel (siehe Tabelle 3).

Zwei Gründe gaben den Ausschlag für Uribes klaren und deutlichen Wahlsieg bereits in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen: Erstens die Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit dem Friedensprozess und die Hoffnung, dass nach dessen Scheitern die von Uribe versprochene Poli-

tik der „harten Hand“ eine Chance erhalten sollte. Als einziger Präsidentschaftskandidat hatte Uribe die Friedenspolitik der Regierung Pastrana von Anfang an scharf kritisiert. In seinem 100-Punkte-Programm forderte er die Erhöhung der staatlichen Militärausgaben, die Schaffung einer Miliz von einer Million Kolumbianern, die den Streitkräften und der Polizei zuarbeiten sollen, und eine verstärkte internationale Hilfe vor allem der USA beim Kampf gegen die Guerilla. Eine Wiederaufnahme des Dialogs lehnt er nicht ab, will diesen allerdings nur aus einer Position der militärischen Stärke führen, weil er meint, die Guerilla nur so zu Zugeständnissen bewegen zu können. Für die Guerilla bedeutet Uribes Sieg eine herbe Niederlage, während die Paramilitärs sich mit seiner Wahl sehr zufrieden zeigten.

Der zweite Grund für Uribes Sieg dürfte in seiner Kritik an der traditionellen „politiquería“ und ihrer Korruption zu suchen sein, was sich in Kolumbien stets breiter Zustimmung erfreut. Bei den Wahlen 1998 verfehlte Noemi Sanín, die dieses Mal weit abgeschlagen auf Platz 4 landete, mit dieser Position nur knapp die Stichwahl. Vor allem in den großen Städten sind die Kritik an Klientelismus und Personalismus sehr beliebt, gewannen bei den Kommunalwahlen unkonventionelle Kandidaten wie Atanas Mockus in der Hauptstadt Bogotá. Uribe erhielt in Bogotá doppelt so viele Stimmen wie Serpa, in Medellín, der Hauptstadt Antioquias, wo er Bürgermeister, später Gouverneur war, sogar viermal so viele Stimmen. Die Verkleinerung des Kongresses um mehr als ein Drittel durch eine Zusammenlegung der beiden Kammern sowie der Kampf gegen die Korruption sind weitere Eckpfeiler von Uribes 100-Punkte-Programm.

Dieser Rhetorik hatten die anderen Kandidaten wenig entgegenzusetzen. Horacio Serpa, der bis zum Jahresanfang noch in allen Umfragen klar geführt hatte, versuchte vergeblich die Auseinandersetzung zu einer Richtungsentscheidung zu machen. Er warf Uribe vor, Kandidat der Paramilitärs zu sein und diese legalisieren zu wollen, weil er schon als Gouverneur von Antioquia die sogenannten *Convivir* unterstützt hatte. Was Serpa nicht sagte war, dass die *Convivir* von der Regierung Samper (1994-98) ins Leben gerufen wurden und er als deren Innenminister ebenfalls ein Befürworter der Bürgerwehren war. Verboten wurden sie erst durch ein Urteil des obersten Gerichts.

Auch wenn Uribe durch die Wahlen ein klares Mandat erhalten hat, so wird dies doch durch die abermals hohe Wahlenthaltung von 53% der Wahlberechtigten eingeschränkt. Betrachtet man die absoluten Zahlen, so erhielt Uribe weniger Stimmen als Andrés Pastrana im zweiten Wahlgang 1998. Allerdings verfügt er von allen relevanten politischen Kräften im Land zweifelsohne über die größte demokratische Legitimation.

⁵ Der US-Kongress hatte das 1,3 Mrd. US-Dollar-Hilfspaket an die Auflage gebunden, dass diese Gelder – und die damit erworbenen Helikopter, Waffen etc., – nur und ausschließlich für die Drogenbekämpfung, nicht aber zur Guerillabekämpfung verwendet werden.

⁶ Kolumbien ist der siebtgrößte Erdöllieferant der USA und verfügt in den Amerikas über die größten noch nicht ausgebeuteten Erdölreserven.

Tabelle 3: Umfragen und Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (in %):

Datum der Umfrage	9/01	1/02	2/02	4/02	16.5.02	Wahlergebnis 26.5.02
Horacio Serpa	41,2	30,1	24,0	27,4	23,0	31,8
Álvaro Uribe	23,4	39,0	59,5	47,7	49,3	52,9
Noemi Sanín	16,2	16,9	5,0	7,1	6,0	5,8
Luis Garzón	1,4	0,9	1,2	6,5	7,8	6,2

Quelle: El Tiempo 20.5.2002 und 27.5.2002

Perspektiven

Noch am Wahlabend trat der gewählte Präsident mit einer Ansprache an die Öffentlichkeit, mit der er offensichtlich versöhnen wollte. Er bedankte sich nicht nur bei seinen Anhängern, sondern auch bei seinen Kontrahenten und rief sie zur Zusammenarbeit auf. Bereits im Vorfeld seines Wahlsieges hatte Uribe großen Zulauf von Politikern der anderen Parteien, insbesondere der Konservativen erhalten.⁷ Seither versuchen beide traditionellen Parteien Uribe für sich zu vereinnahmen und ihn durch eine Strategie der „Umarmung“ in den *mainstream* der kolumbianischen Politik zu ziehen. Diese Taktik hat sich in der Vergangenheit gegenüber unabhängigen dritten Kräften als erfolgreich erwiesen. Eine Studie der Universidad de los Andes schätzt, dass Uribe im Senat auf die Unterstützung von 54% der Senatoren rechnen kann, im Parlament sogar auf 58,7%. Nach Einschätzungen des *Latin American Weekly Report* (LAWR02-23 vom 11.6.02) ist die Unterstützung sogar noch viel größer. Demnach unterstützen 86 von 102 Senatoren und 143 von 165 Parlamentariern den neuen Präsidenten. Die Rolle der Opposition bleibt vor diesem Hintergrund augenscheinlich der neuen Linken von Lucho Garzón vorbehalten.

Die Wahl von Álvaro Uribe wirft mehr Fragen auf, als sie Antworten zu geben vermag. Zur Eindämmung der Gewalt in Kolumbien gibt es keine einfachen Antworten und Rezepte. Wenn Uribe seine Ankündigungen wahrmacht und die Mannschaftsstärke, Ausbildung und finanzielle Ausstattung von Streitkräften und Polizei erhöht sowie eine Million Kolumbianer in Milizen organisieren will, wird sich die Situation vor allem für die Zivilbevölkerung noch einmal drastisch verschärfen. Diese Strategie des „durch mehr Krieg zum Frieden“ ist ein Spiel mit dem Feuer. Dafür gibt es drei Gründe: Erstens wird es dabei kaum die schnellen Erfolge

geben, die Uribe braucht, um glaubwürdig zu sein und die Hoffnungen, die mit seiner Amtsübernahme verbunden sind, nicht zu enttäuschen. Kann er nicht in der ersten Hälfte seiner Amtszeit erste Ergebnisse vorweisen, verliert er – ähnlich wie Pastrana – die Initiative, weil die Öffentlichkeit schon wieder auf die nächsten Wahlen schießt. Im Gegensatz dazu hat die Guerilla einen Zeithorizont, der weit über die vier Jahre einer Wahlperiode hinausgeht.

Zweitens muss auch der kolumbianische Staat zur Durchsetzung dieser Strategie seine Aufwendungen für den Krieg gegen die Guerilla finanziell drastisch erhöhen. In den USA mehren sich die Stimmen derer, die eine weitere Steigerung der US-Hilfe von verstärkten Anstrengungen in Kolumbien abhängig machen wollen. Dazu müsste die Regierung entweder Gelder im Regierungshaushalt umschichten oder das Steueraufkommen des Staates erhöhen, was angesichts von Wirtschaftskrise, Auslandsverschuldung und sozialer Krise zahlreiche neue Konfliktfelder öffnet.

Drittens ist die geplante Einbeziehung der Bevölkerung in den Kampf gegen die Guerilla ein unkalkulierbares Risiko. Kolumbien verfügt über zahlreiche Erfahrungen mit Bürgerwehren. In den 90er Jahren wurden die *Convivir* gerade deshalb wieder verboten, weil sie sich von den illegalen paramilitärischen Gruppen nicht unterscheiden ließen, und weil diese für einen Großteil der Gräueltaten gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich sind. Die entscheidende Frage ist, ob diese Gruppen vom Staat kontrollierbar sind. Wenn ja, dann muss die Regierung auch die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen dieser Gruppen übernehmen. Wenn sie nicht kontrollierbar sind, handelt es sich um einen weiteren Schritt zur totalen Anarchie.

Entscheidend für die weitere Entwicklung werden vor allem zwei Fragen sein: Erstens, wie hält es der neue Präsident mit der Demokratie? Auch wenn das offizielle Kolumbien sich gerne rühmt eine der ältesten Demokratien des Kontinents zu sein, so gilt dies doch allenfalls dann, wenn man Demokratie auf die regelmäßige Abhaltung von Wahlen reduziert. Im Bereich der für eine demokratische Gesell-

⁷ Der Präsidentschaftskandidat der Konservativen Partei Juan Camilo Restrepo zog seine Kandidatur nach der Wahlniederlage seiner Partei bei den Kongresswahlen im März 2002 zurück. Die Parteispitze beschloss daraufhin, Uribe zu unterstützen.

schaft entscheidenden Bürger- und Freiheitsrechte sieht die Bilanz wesentlich schlechter aus. Bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung 1991 galt fast permanent der Ausnahmezustand, durch den grundlegende demokratische Rechte außer Kraft gesetzt waren. Im August 2001 wurde ein Gesetz zur Nationalen Sicherheit (Gesetz 684) verabschiedet, das rechtsstaatliche Garantien eingeschränkt, den Sicherheitskräften umfangreiche Sonderrechte eingeräumt und die Verhängung des Ausnahmezustandes, die in der Verfassung von 1991 stark eingeschränkt worden war, wieder erleichtert. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Verschärfung der bewaffneten Auseinandersetzung und ersten Bemerkungen der designierten Verteidigungsministerin lässt dies nichts Gutes erahnen.

Die zweite, damit zusammenhängende Frage wird sein, wie es der neue Präsident mit den Paramilitärs hält. In seinen zahlreichen Reden hat Uribe angekündigt, dass er auch gegen die Paramilitärs mit harter Hand vorgehen wird. Sollte diese Ankündigung nicht Wahlkampfretorik bleiben, sondern es dem neuen Präsidenten gelingen, den Anspruch des kolumbianischen Staates auf das Gewaltmonopol wenigstens in Ansätzen durchzusetzen, dann wäre Kolumbien der Chance auf eine Reduzierung der Gewalt einen Schritt näher.

Zunächst wird aber die Gewalt weiter eskalieren und vor diesem Hintergrund ist die internationale Gemeinschaft aufgefordert, sich massiv für die Belange der Zivilbevölkerung einzusetzen. Álvaro Uribe hat die Vereinten Nationen aufgefordert, sich in Kolumbien zu engagieren und zwischen Regierung und Guerilla zu vermitteln. Menschenrechts-

abkommen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene könnten ein erster entscheidender Schritt zur Deeskalation sein. Aber nicht nur die UNO, auch andere Akteure wie die USA, die EU und die lateinamerikanischen Länder müssen gegenüber Guerilla, Paramilitärs und Militär auf die Einhaltung menschenrechtlicher Mindeststandards des humanitären Völkerrechts dringen. Gegenüber der neuen Regierung muss die internationale Gemeinschaft außerdem auf der Einhaltung demokratischer Verfahrensweisen und Standards bestehen. Es gibt in der Region schließlich genügend Beispiele dafür, wie ohnehin schwache demokratische und rechtsstaatliche Standards unter weniger dramatischen Umständen ausgehöhlt wurden. Dies würde die Gewalt in Kolumbien aber weiter anheizen.

Literaturhinweise:

Iberodigital – Pressearchiv des IIK.

Adam Isacson 2002: Colombia's human security crisis. Disarmament Forum 2, (www.unog.ch/unidir/2-02-e5%20isacson.pdf).

Pax Christi Netherlands 2002: The Kidnap Industry in Colombia: our business? (www.paxchristi.nl).

Ulrich Laute 2002: Alvaro Uribe wird neuer kolumbianischer Staatspräsident. Politischer Kurzbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien, Mai.

Human Rights Watch- Americas 2002: www.hrw.org/wr2k2/americas4.html

amnesty international 2002: www.web.amnesty.org/web/ar2002.nsf/amr/colombia!Open

US Department of State 2002: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2001/wha/8326.htm

Autorennotiz: Sabine Kurtenbach, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Regionale Schwerpunkte: Kolumbien und Zentralamerika. Thematische Schwerpunkte: Gewalt und Friedensprozesse, Sicherheitspolitik, Militär, Menschenrechte und politische Entwicklung allgemein.
E-Mail: kurtenbach@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Nina Grabe.

Bezugsbedingungen: €61,50,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); €46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); €31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von €15,30,- erhoben. Einzelausgaben kosten €3,10 (für Studierende €2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Aboppreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-Mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>